

Corona-Krise: Unsere Forderungen

Das mediale Interesse an den fehlenden Arbeitskräften in der Erntearbeit in Österreich und anderen Ländern aufgrund von Grenzsicherungen ist riesig. In Österreich werden im März und April 5.000 Erntearbeiter_innen gebraucht. Die Schnelligkeit, mit der Plattformen zur Arbeitsvermittlung in die Landwirtschaft organisiert wurden und der Ruf nach eingeflogenen Arbeitskräften, verdeutlichen die Dringlichkeit der Arbeit auf den Feldern. Ebenso wird deutlich, welches Missverhältnis zwischen der gesellschaftlichen Wichtigkeit dieser Arbeit und der leider weit verbreiteten Praxis der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte in der Branche besteht!

Als Antwort auf all die Aufrufe nach Solidarität mit Betrieben und dem "Land", fordern wir in aller erster Linie 100%ige Solidarität mit den Arbeiter*innen auf den Feldern!

- Niemand darf in dieser Situation zur Arbeit in der Landwirtschaft gezwungen werden (z.B. Asylwerber*innen und -berechtigte, Arbeitslose, Student*innen.)
- Kollektivverträge als absolute Untergrenze von Löhnen und Arbeitsbedingungen sind einzuhalten - Arbeitsrecht darf nicht aufgeweicht werden!
- Die Arbeit in der Landwirtschaft ist schon unter normalen Umständen sehr herausfordernd und anstrengend. Arbeitszeiten dürfen nicht ausgeweitet werden, Ruhezeiten nicht verringert werden.
- Die oftmals patriotisch konnotierten Aufrufe zum "Helfen" dürfen nicht dafür missbraucht werden, dass Menschen ausgebeutet werden.
- Um arbeits- und sozialrechtliche Missstände in der Landwirtschaft einzudämmen, braucht es Kontrollmechanismen und -institutionen, die von sich aus aktiv werden und mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet sind.
- Lohnerhöhungen! Der ÖGB fordert bereits seit mehreren Jahren einen Bruttolohn von 1.700 Euro (ca. 1350 Euro netto) für JEDE Vollzeitbeschäftigung. Im Juni 2017 kam es immerhin zu einer Sozialpartnereinigung, dass in ALLEN Branchen ein Mindestlohn von 1.500 Euro bis 2020 durchgesetzt werden soll. In der Erntearbeit haben nach den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen weiterhin 7 von 9 Bundesländern einen Bruttolohn UNTER den geforderten 1.500 Euro. Jeder Lohn für eine Vollzeitbeschäftigung muss über der aktuellen Armutsgefährdungsschwelle von netto 1.259 Euro liegen (ca. 1.550 Euro Brutto).
- Entschädigung des aktuellen gesundheitlichen Risikos, das Arbeiter_innen auf sich nehmen, um die Lebensmittelversorgung sicher zu stellen!
- Erntehelfer*innen müssen bei der Arbeit möglichst guten gesundheitlichen Schutz bekommen. Die Arbeitgeber*innen müssen dafür Sorge tragen, dass die Sicherheitsbestimmungen und erforderlichen Hygienestandards eingehalten werden können.
- Stamarbeitskräfte, die weiterhin zur Arbeit kommen können und wollen, müssen weiter beschäftigt werden. Grenzpendeln aus einigen Nachbarländern (Ungarn, Slowenien, Tschechien und teilweise Slowakei) ist nach wie vor möglich.
- Arbeitskräftevermittlungsplattformen müssen mehrsprachige Informationen zu geltenden Kollektivverträgen in der Landwirtschaft bereit stellen oder auf diese verweisen. Viele Menschen, die jetzt in anderen Branchen gekündigt wurden und ihre Arbeitskraft für die

Landwirtschaft zur Verfügung stellen werden, haben – genau wie die bisherigen Erntearbeiter*innen – eine andere Sprache als Deutsch als Erstsprache.

- Statt den Patriotismus zu bedienen, ist es zentral aufzuzeigen, dass diese harte Arbeit zu allen anderen Zeiten von migrantischen Arbeiter_innen unter teilweise skandalösen Bedingungen erbracht wird.

Breitere politische Forderungen

In der Krise werden lebenswichtige Bedürfnisse wie Ernährung und Gesundheit ebenso als kritische Infrastruktur sichtbar wie die Wasser- und Stromversorgung. Neoliberale Politik hat demokratische Teilhabe und öffentliche Verantwortung in diesen Bereichen systematisch abgebaut. Wir fordern eine politische Kursänderung: Kein Bereich der kritischen Infrastruktur darf Ware oder ein Privileg sein! Ihre Gewährleistung und gerechte Verteilung sind Gemeinwohl und sollen durch demokratisch legitimierte und kontrollierte Institutionen organisiert werden. Wir fordern, dass unsere Lebensmittelproduktion und auch die Arbeitsverhältnisse darin nicht weiter Ungleichheit fördernden Marktkräften und profitorientierten Privatkonzernen überlassen wird.

Zu einer gerechteren, nicht ausbeuterischen, nachhaltigen Lebensmittelproduktion trägt auch die Förderung kleinbäuerlicher statt agrarindustrieller Strukturen bei. Wir fordern eine demokratische Lebensmittelpolitik: sozial gerecht, am Gemeinwohl orientiert, basierend auf ökologischen Anbaumethoden und diejenigen fördernd, die in diesem Sinne wirtschaften und leben. Wir fordern ernährungspolitische Rahmenbedingungen, die Feldarbeiter*innen und Bäuer*innen nicht gegeneinander ausspielen.

Durch die Corona-Krise wird deutlich, welche wichtige und harte Arbeit von migrantischen Arbeitskräften in unterschiedlichen Bereichen (Landarbeit, Pflege, fleischverarbeitende Betriebe, uvm.) geleistet wird. Umso wichtiger sind Initiativen wie die sezonieri-Kampagne, in der unabhängige Aktivist_innen, NGOs und die Produktionsgewerkschaft (ProGe) zusammen arbeiten. Es werden Brücken geschlagen zwischen migrantischen Arbeiter_innen in der Landwirtschaft, der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften um die Rechte von migrantischen Erntearbeiter_innen ins öffentliche Bewusstsein, aber auch verstärkt ins Bewusstsein gewerkschaftlicher Institutionen zu holen.

7. April 2020

Aktivist_innen der Sezonieri-Kampagne